

Copyright Acknowledgment

Publication Information

Hösle, Vittorio. 1998. "Ökologie Und Christentum". Edited by Christa Nickels. *Begründete Hoffnungen : Bündnisgrüne Politik Und Christlicher Glaube*, 199–206.

This publication is made available in our archive with grateful acknowledgment to the original publisher, who holds the copyright to this work. We extend our sincere appreciation.

The inclusion of this work in our digital archive serves educational and research purposes, supporting the broader academic community's access to the works of Vittorio Hösle.

Terms of Use

Users are reminded that this material remains under copyright protection. Any reproduction, distribution, or commercial use requires explicit permission from the original copyright holder.

We are committed to respecting intellectual property rights and supporting the scholarly publishing ecosystem. If you are the copyright holder and have concerns about this archived material, please contact us immediately.

obj-idealismus-heute.phil2@uni-bamberg.de

WARNING OF COPYRIGHT RESTRICTIONS¹

The copyright law of the United States (Title 17, U.S. Code) governs the making of photocopies or other reproductions of the copyright materials.

Under certain conditions specified in the law, library and archives are authorized to furnish a photocopy or reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than in private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Yale University Library reserves the right to refuse to accept a copying order, if, in its judgement fulfillment of the order would involve violation of copyright law.

¹37 C.F.R. §201.14 2018

Christa Nickels (Hrsg.)

Begründete Hoffnungen ...

Bündnisgrüne Politik und
christlicher Glaube

Yale Divinity Library

New Haven, Connecticut



Verlag Josef Knecht
Frankfurt am Main

© 1998 Verlag Josef Knecht, Frankfurt am Main
Alle Rechte vorbehalten – Printed in Germany
Umschlaggestaltung: Kiesewetter, Freiburg im Breisgau
Satz: Fotosetzerei G. Scheydecker, Freiburg im Breisgau
Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe

Gedruckt auf umweltfreundlichem,
chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN 3-7820-0800-6

Ökologie und Christentum

Neue politische Allianzen der Zukunft

Die ökologische Bewegung ist in Deutschland nicht primär aus christlichem Geist erwachsen. Umgekehrt hat das offizielle Christentum die ökologischen Gefahren erst relativ spät zur Kenntnis genommen – was vielleicht damit erklärt werden kann, daß die Mentalitätsverschiebung, die sich mit dem neuzeitlichen Christentum weltgeschichtlich durchgesetzt hat, zur Umweltkrise beigetragen hat. Insofern sind die Berührungspunkte auf beiden Seiten verständlich. Auf der anderen Seite wäre es nicht das erste Mal in der Geschichte, daß sich Bewegungen, die einander ursprünglich mit Mißtrauen beäugten, verbündeten, um gemeinsame Probleme zu lösen. Gerade in Umbruchszeiten sind neue Allianzen nichts Ungewöhnliches, vielleicht sogar die Regel, und es ist unschwer zu erkennen, daß wir in einer der größten Umbruchszeiten der Menschheitsgeschichte leben.

Im folgenden will ich erstens idealtypisch vereinfacht skizzieren, weshalb die alten Grünen und die christlichen Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, in der Vergangenheit ein problematisches Verhältnis hatten, und zweitens andeuten, warum eine umfassende Kooperation in der Zukunft denkbar, ja vielleicht sogar notwendig ist.

I.

Der Prozeß, der zu der Gründung der grünen Partei geführt hat, kann hier nicht nachgezeichnet werden, so interessant er auch ist – denn die Grünen sind bisher die einzige Partei, die lange nach 1949 entstanden ist und doch dauerhaft in den Parlamenten des Bundes und vieler Länder vertreten ist. (Die PDS mag dies in Ostdeutschland und über die Direktmandatsklausel auf Bundesebene zwar auch schaffen, aber sie kann auf eine recht alte Vorläuferpartei zurückblicken, was von den Grünen gerade nicht gesagt werden kann.) Angesichts der

großen Schwierigkeiten, die in Deutschland bei der Schaffung und zumal der parlamentarischen Etablierung neuer Parteien bestehen, ist dies ein Faktum, das erklärungsbedürftig ist – um so mehr, als die Richtungskämpfe innerhalb der Grünen am Anfang besonders heftig waren und das Publikum anwiderten, das 1990 den Grünen der alten Bundesrepublik einen empfindlichen und nützlichen Denkkzettel erteilte. Aber 1994 gelang den Grünen der Wiedereinzug in den Bundestag problemlos, und es ist kaum zu bestreiten, daß die Grünen in absehbarer Zukunft auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung wahrnehmen könnten.

Wie ist der Erfolg der Grünen zu erklären? Am schmeichelhaftesten, aber auch am zutreffendsten ist die Antwort, daß es den Grünen als einziger neuerer Partei gelungen ist, eines der ganz wichtigen neuen Themengebiete einer zukunftsorientierten Politik zu besetzen. Während konservative, liberale und soziale Ideen auf das 19. Jahrhundert zurückgehen, ist die ökologische Frage wirklich ein Problem des späten 20. und mehr noch des 21. Jahrhunderts. Natürlich wäre nicht auszuschließen gewesen, daß eine der traditionellen Parteien die Frage in das eigene Parteiprogramm integriert hätte; damit hätte die Durchsetzung der Grünen vermutlich verhindert werden können. Ansätze zu ökologischem Denken in den großen Volksparteien gab es durchaus – ich erinnere an Herbert Gruhl und Erhard Eppler. Aber der erste wurde aus der eigenen Partei herausgeekelt, der zweite innerhalb ihrer marginalisiert; und genau dies war die Chance der Grünen.

Allerdings wäre es abwegig, anzunehmen, daß die Grünen anfangs (oder auch heute) nur Leute angezogen hätten (oder anziehen würden), die primär von der ökologischen Frage umgetrieben würden. Ganz im Gegenteil: Jede neue Bewegung zieht Glücksritter, Machtmenschen ohne anderweitige Aufstiegschancen, Liebhaber von Aufregungen und Streitigkeiten (*homines rerum novarum cupidissimos*, wie die alten Römer gesagt hätten) ebenso unvermeidlich und unwiderstehlich an wie das Licht die Motten. In Deutschland gab es, wie in den meisten europäischen Ländern, nach einem wilden Jahrzehnt 1968–1978 eine zutiefst frustrierte und vielleicht auch deshalb äußerst aggressive sogenannte kritische Intelligenz, die ihre 1968 erfolgte zutreffende Entdeckung ungelöster moralischer Probleme spätindustrieller Gesellschaften im Laufe jener wilden Jahre ausgeweitet hatte zu einer Fundamentalkritik an den jede Gesellschaft tragenden Institutionen von Familie, Wirtschaft, Staat und Religion.

Da ihre kreativen Fähigkeiten begrenzt waren, mußte sie, ungeachtet ihres kritischen Pathos, auf jene alternative Ideologie zurückgreifen, die in einem Teil der Welt als Staatsideologie waltete und ebenfalls eine Frucht des 19. Jahrhunderts war (wobei der modernste Bestandteil dieser Ideologie, der Totalitarismus, der bei Marx nicht explizit vorhanden war, nicht unbedingt das Fortschrittlichste an ihr darstellte); hinzu kam manchmal die Psychoanalyse Freuds. Der Versuch einer marxistischen Umgestaltung der westeuropäischen Staaten scheiterte, teilweise nach terroristischen, also blutigen Auseinandersetzungen, und die geistige Verfaßtheit der späten 1970er und der frühen 1980er Jahre war u. a. dadurch gekennzeichnet, daß Ideologen des Staatssozialismus verzweifelt nach neuen Wirkmöglichkeiten suchten.

Die Grünen waren eine solche Möglichkeit, und daher kann es nicht verwundern, daß in der neuen Partei sehr heterogene Kräfte aktiv wurden – Wertkonservative, Altstalinisten und nüchterne Pragmatiker. Die Wertkonservativen wurden ziemlich bald ausgeschieden – ein Verlust, der die Innovativität der Grünen bis heute behindert –, während der Richtungskampf zwischen „Fundis“ und „Realos“ bis in die neunziger Jahre andauerte. Auch wenn nicht alle „Fundis“ Marxisten waren, spielten altlinke Ideen bei ihnen eine große Rolle, etwa die Forderung nach einer staatlichen Gängelung der Wirtschaft.

Die marxistische Herkunft beträchtlicher Teile der frühen Grünen-Eliten erklärt zur Genüge, warum viele Grüne in den Kirchen reaktionäre Kräfte sehen mußten. Die Auflehnung gegen argumentativ nicht vermittelte Autoritäten, die Zurückweisung der christlichen Sexualmoral und der moralischen Ideen über das Lebensrecht der ungeborenen Kinder, wie sie besonders von den feministischen Teilgruppen der Grünen gefordert wurde, ein weltanschaulicher Atheismus oder, im besseren Fall, ein naiver Naturpantheismus, der sich manchmal auf eine echte Erfahrung der Schönheiten der Natur stützte, waren weitere wichtige Faktoren der Distanz zwischen Grünen und Kirchen. Sahen viele Grüne in den Kirchen nichts als Herrschaftsinstrumente eines gesellschaftlichen und politischen Systems, das es radikal zu verändern galt, erschienen den Kirchen umgekehrt die Grünen oftmals als Erben des widerchristlichen Marxismus, als Leugner der Transzendenz Gottes gegenüber der Natur und der Sonderstellung des Menschen innerhalb der Natur, als Verächter jener Rechtsformen, ohne die auch Kirche nicht institutionell überleben kann, als Zerstörer insbesondere der Familie.

Eine formelle Korrektur des Bruchs mit der katholischen Kirche erfolgte auf höchster Ebene erst Ende 1997, doch begann die Annäherung an christliche und auch kirchliche Kreise schon wesentlich früher. Im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte gab es schon in den frühen achtziger Jahren Berührungspunkte zwischen christlich und ökologisch inspirierten Pazifisten; die Bewahrung der Schöpfung wurde von den Kirchen zunehmend als wesentliche Aufgabe christlicher Politik anerkannt. Entscheidend war aber der Sieg der „Realos“ über die „Fundis“. Dieser wurde durch zwei Faktoren begünstigt. Einerseits ist natürlich die deutsche Wiedervereinigung zu nennen, die eine Fusion mit Bündnis 90 brachte, zu dessen Identität der Kampf gegen eine übermächtige Staatsbürokratie dazugehörte und das die Erfahrung gemacht hatte, wie wichtig die Unterstützung kirchlicher Kreise bei der friedlichen Revolution in der DDR war. Andererseits hatten sich inzwischen innerhalb der Bündnisgrünen Menschen hochgearbeitet, für die 1968 nicht mehr das Jahr war, in dem die erste politische Initialzündung erfolgt war, sondern vielmehr ein antiquarisches Datum. Diese jungen Grünen haben zur Modernisierung der Partei entscheidend beigetragen, auch weil junge Bürger in dieser Partei bessere Aufstiegschancen haben als etwa in der SPD, der ältesten, aber auch strukturkonservativsten deutschen Partei, die keineswegs der natürliche politische Verbündete für die Bündnisgrünen ist.

II.

In der Tat sind heute die Chancen einer Kooperation zwischen den Bündnisgrünen und den Kirchen, auch und gerade der katholischen Kirche, recht gut. Im Grunde gibt es auf beiden Seiten starke Argumente dafür, aufeinander zuzugehen.

Um von der Seite der Bündnisgrünen zu beginnen, so haben sie mit der Übernahme von Verantwortung in den Kommunen und in den Ländern eine deutliche Einsicht in die Begrenztheit der staatlichen Mittel und Handlungsmöglichkeiten gewonnen. Der Staat kann viel weniger, als er wollte, und vielleicht sogar, als er sollte, er bedarf des Engagements von Menschen, die nicht primär an ihr Eigeninteresse denken. Ja, darin liegt die besondere Schwierigkeit, intergenerationelle Gerechtigkeit zu realisieren, daß diese Gerechtigkeitsform anders als die Gerechtigkeit zwischen den Klassen nicht

auf ein Gleichgewicht des Nutzens zurückgeführt werden kann: Denn es gibt kein Gleichgewicht an Macht zwischen existierenden und noch nicht existierenden Generationen. Ohne einen Appell an einen Altruismus, der über den Eigennutz geht, ist Gerechtigkeit zwischen den Generationen nicht zu verwirklichen, und nüchterne Ehrlichkeit gebietet es, anzuerkennen, daß Idealismus auch bei militanten Weltveränderern nicht sehr verbreitet ist, daß er in unserer Gesellschaft Mangelware ist und daß Menschen mit religiöser Grundeinstellung nicht immer, aber doch öfters über ihn verfügen als rein säkular bestimmte Zeitgenossen. Da sich bei den Bündnisgrünen glücklicherweise immer mehr Skepsis gegenüber staatlicher Großbürokratie durchsetzt, müssen sie auf eine funktionsfähige Zivilgesellschaft nach kommunitaristischem Vorbild setzen; und innerhalb einer solchen Gesellschaft werden religiöse Gruppierungen stets eine große Rolle spielen.

Auch bei der Frage der Aufnahme und der Integration von Ausländern und des Aufbaus einer multikulturellen Gesellschaft sind die Kirchen universalistischer als die meisten Gruppen und Parteien dieses Staates, die den Sozialstaat gerne an den Grenzen der Nation enden lassen möchten, und daher natürliche Alliierte der Bündnisgrünen. Zudem kann nicht bestritten werden, daß das originäre Anliegen der Bündnisgrünen konservativer Natur ist – es geht um die Bewahrung der Natur, werde diese als Schöpfung oder als an sich seiende Macht gedeutet. Die Balance der natürlichen Ökosysteme ist wesentlich dadurch aus den Fugen geraten, daß der moderne Mensch nach dem *verum-factum*- und dem *bonum-factum*-Prinzip nur das als wahr und gut, als werthaft anerkennt, was er selbst gemacht hat, und ohne eine Überwindung dieser Mentalität bleibt viel an der Umweltpolitik bloße Symptombehandlung. Das Christentum, aber auch die anderen Religionen lehren dagegen die Anerkennung eines Unverfügbaren, den Menschen Bindenden, obwohl oder gerade weil dieses nicht von ihm gemacht ist. Entscheidend ist natürlich, daß die Bündnisgrünen die Kirchen nicht nur wegen ihres sozialen Nutzens instrumentalisieren – denn der soziale Nutzen der Religionen verschwindet sehr schnell, wenn er als solcher intendiert wird.

Umgekehrt können die Kirchen in den Bündnisgrünen jene Kraft sehen, die sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzt – und das sind in modernen demokratischen Marktgesellschaften nun einmal die kommenden Generationen, deren Bedürfnisse weder auf dem Markt noch bei den demokratischen Wahlen angemessen

berücksichtigt werden. Bei dem Interesse an langfristiger Existenz, das die Kirchen naturgemäß haben, müssen sie Sympathie für jene politische Partei empfinden, die sich Nachhaltigkeit der Entwicklung als wichtigstes politisches Ziel vorgenommen hat. Neuere Entwicklungen in der Schöpfungstheologie vermitteln zudem eine gute Grundlage, um vom radikalen Anthropozentrismus Abschied zu nehmen – der Mensch ist nach christlichem Verständnis zwar die Krone der Schöpfung, aber keineswegs das einzige Wesen mit intrinsischem Wert; auch in der vormenschlichen belebten Natur, ja selbst in der anorganischen Natur waltet etwas Göttliches. Immerhin wird man zugeben, daß die Hervorhebung der Sonderrolle des Menschen eine wichtige Voraussetzung war, um den Gedanken allgemeiner Menschenrechte zu fassen; aber es ist heute wieder wichtig, auch gegenüber der außermenschlichen Schöpfung Achtung, ja Liebe zu empfinden – und eine Figur wie der heilige Franziskus von Assisi beweist, daß die traditionelle christliche Spiritualität dazu durchaus in der Lage war.

Die Kirchen können zudem nicht darauf verzichten, prägend auf die Jugend einzuwirken, und es gibt kaum eine Partei, die so sehr den Anspruch erhebt, den Interessen der Jugend im Gefüge der Gesellschaft Raum zu geben, wie die Bündnisgrünen. Das gilt allerdings nur so lange, als es die anderen Parteien nicht schaffen, der ökologischen Frage einen ähnlichen Stellenwert zu vermitteln, und als die ökologische Frage im Zentrum bündnisgrüner Politik bleibt. Die Gefahr, daß sich die Bündnisgrünen verzetteln und sich etwa mit sozialen Aufgaben überfordern, die mit ihrem ursprünglichen Anliegen wenig zu tun haben, ja ihm vielleicht sogar widersprechen, ist durchaus groß. Denn um eine unsympathische Wahrheit deutlich auszusprechen: Zwischen sozialen und ökologischen Zielen kann es große Spannungen geben, wenn denn der Massenkonsum auf einem zu hohen Niveau die Hauptursache für die Belastung unseres Planeten ist. Zwar muß die Beschränkung dieses Konsums auf eine gerechte, mit einer universalistischen Ethik kompatible Weise erfolgen; aber das bedeutet nicht, daß der jetzige Konsumstand der einkommensschwächeren Bevölkerungsteile gehalten werden kann oder soll. Selbst große Disparitäten im Einkommen sind auch und gerade von einer intelligenten bündnisgrünen Politik in Kauf zu nehmen, sofern sie Ausdruck unterschiedlicher Leistungen beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sind. Immerhin haben nicht nur die Bündnisgrünen, sondern auch die Kirchen Schwierigkeiten mit der

Anerkennung dieser Wahrheit, so daß hier nicht die schwierigste Klippe im Umgang beider potentieller Partner liegt.

Die Hauptprobleme liegen in anderen Feldern. So ist an erster Stelle das Recht über den Schutz ungeborenen menschlichen Lebens zu nennen. In dieser Frage dürfen m. E. die Kirchen keineswegs nachgeben. Es ist lächerlich, sich für die Rechte kommender Generationen einzusetzen und gleichzeitig das Lebensrecht schon gezeugter, genetisch individuierter menschlicher Embryonen zu bestreiten; es ist widersprüchlich, embryonenverbrauchende Forschung abzulehnen und gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht der Frau dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes überzuordnen. Die Tatsache, daß zumal die katholische Kirche in dieser Frage dem Zeitgeist widersteht und sich für die Schwächsten einsetzt, sollte ihr bei den intelligenten und moralischen Bündnisgrünen Achtung sichern, die begriffen haben, daß die Gerechtigkeit, insbesondere die intergenerationale und die internationale Gerechtigkeit, nicht auf ein Gleichgewicht des Eigennutzens zurückzuführen sind.

Differenzierter ist die Frage der Familienpolitik zu sehen. Zwar haben die Kirchen recht damit, wenn sie auf die vitale Bedeutung einer intakten Familienkultur für die Gesellschaft im allgemeinen und die Kinder im besonderen verweisen. Aber sie können nicht übersehen, daß das Recht sich nicht zu weit von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entfernen darf, wenn es sie prägen soll. Die Kernfamilie ist in einer schweren Krise, und es ist wichtig, den Rechtsstatus gesellschaftlicher Gruppen zu bestimmen, die sich mit der Aufzucht von Kindern beschäftigen, selbst wenn die Erwachsenen nicht mehr die leiblichen Eltern sind. Man kann den Sozialstaat nicht retten, wenn man nicht etwa im Unterhaltsrecht eheähnliche Gemeinschaften Ehen gleichsetzt. Hier ist ein weites Feld für intelligente Kompromisse.

Am ehesten würde ich mir schließlich Bewegung der Kirchen in Fragen des Kirchenrechts wünschen. Zwar ist der eigenwillige deutsche Kompromiß zwischen einem Staatskirchentum und einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat aus historischen Gründen verständlich und auch sachlich vertretbar, da die Kirchen im sozialen und im Bildungsbereich dem Staat manche Aufgaben abnehmen. Aber es ist ebenso richtig, darauf hinzuweisen, daß auch bei einer klaren Trennung die Kirchen florieren können – man denke nur an die USA. Insbesondere müssen sich die Kirchen Alternativen zum Kirchensteuersystem überlegen. Da die Einkommensteuer aus volks-

wirtschaftlichen Gründen zurückgefahren werden muß und eine Anhebung der Kirchensteuersätze aus verschiedenen Gründen schwierig ist, werden die finanziellen Probleme der Kirchen in den nächsten Jahren zunehmen, und andere Modelle wie etwa das italienische*, aber auch eine völlig freie Finanzierung sind zu erwägen. Allerdings sollten die Bündnisgrünen immer wieder klarmachen, daß ihre kirchenpolitischen Ideen nicht einem Haß gegen die Kirchen entspringen, sondern einem kompetenten Vergleich der unterschiedlichen Systeme und einer Anerkennung der Bedeutung religiöser Gemeinschaften für Staat und Gesellschaft – auch und gerade für ihre ökologische Umgestaltung.

* In Italien sind die Bürgerinnen und Bürger zu einer „Kultursteuer“ in Höhe von 0,8% der Einkommensteuer verpflichtet, die sie nach eigenem Ermessen der Kirche oder anderen Einrichtungen zukommen lassen können. (Anm. d. Red.)